

Wie “Flüchtlingsproteste” inszeniert werden

Von “Flüchtlingsprotesten” in Deutschland ist bekannt, daß Ausländer bei diesen zwar in den meisten sichtbaren Rollen zu finden sind, um diesen Aktionen den Eindruck von Authentizität zu verleihen, die eigentliche Organisation aber vorwiegend von deutschstämmigen Aktivisten übernommen wird. Auch Kirchen oder Organisationen der Sozial- und Migrationsbranche unterstützen diese Aktionen finanziell, personell und organisatorisch. Öffentliche Einblicke in das Innenleben dieser Strukturen gab es bislang jedoch keine. Einen Eindruck vom Grad der Professionalisierung dieser Aktionen vermittelt nun ein aktueller Bericht aus Österreich, [der die Organisation der dortigen “Flüchtlingsproteste” beschreibt](#):

Im Hintergrund arbeitet eine Gruppe von (heimischen) Unterstützern auf Hochtouren, um das Asyl drama nach allen Regeln der PR-Kunst aufzubereiten. „Kein Kommentare zur Presse ohne Absprache“, steht auf Plakaten an der Wand. Auf einem ist ein Organigramm zu sehen: Eine Gruppe soll sich um die Verhandlungen mit der Uni kümmern, eine um die Strategie („Wie erreichen wir andere Flüchtlings-Communitys?“), eine andere soll den Jahrestag des Protests (am 24.11.) planen.

Die Asylwerber selbst waren Minuten vor der Pressekonferenz kaum von den Kunststudenten zu unterscheiden. Wenig erinnert noch an die erschöpften Männer, die in der Motivkirche in Schlafsäcken kauerten. Sie tragen jetzt Sneakers, farblich abgestimmt auf das Shirt, quergestreifte Pullover mit Hemd. Bärte und Haare sind getrimmt. Hier wird nichts mehr dem Zufall überlassen. Auch nicht die Fragen auf der Pressekonferenz, die von den Unterstützern zum Teil selbst an das Podium gerichtet wurden – wie eine Aktivistin vor der PK unvorsichtigerweise zugibt. „Es ist ein Akt der Emanzipation, dass die Asylwerber jetzt selbst für sich sprechen“, sagt

dazu einer der Unterstützer. Er ist der Chef der eigens gegründete Pressegruppe.

In diesem Zusammenhang spricht die österreichische Quelle von einer "Inszenierung" der Proteste.

Viele Journalisten in Deutschland bzw. deren Vorgesetzte verstehen sich als Teil der Flüchtlingskampagnen und greifen diese vorwiegend unterstützend auf, weshalb Medien in Deutschland bislang keine kritische Fragen bezüglich der eigentlichen Organisatoren gestellt haben.

Artikel erschienen auf ernstfall.org.

Über die „Inszenierung“ rund um die Lampedusa-„Flüchtlinge“ in Hamburg berichtet in einer ausführlichen Reportage die [„Junge Freiheit“](#).



Islamisierung der Türkei: Vier AKP-Abgeordnete mit Kopftuch im Parlament

✘ Mit dem demonstrativen Tragen eines Kopftuchs im Parlament in Ankara haben vier weibliche Abgeordnete der islamisch-fundamentalistischen Regierungspartei AKP einen Tabubruch in

der Türkei begangen.

Die [Rheinische Post](#) berichtet:

Die Geschäftsordnung des Parlaments enthält kein Kopftuchverbot; das Tuch war trotzdem lange tabu, weil es als Symbol des politischen Islam gilt. Zuletzt hatte vor 14 Jahren eine Abgeordnete versucht, mit Kopftuch ins Plenum zu gelangen.

Damals wurde die Politikerin ihres Mandates enthoben. Diesmal können sich die vier AKP-Abgeordneten der Unterstützung der Regierung sicher sein. Erdogan hatte vor einem Monat das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst abgeschafft, nun wurde die Kopftuchfreiheit auch auf das Parlament ausgedehnt.

Der CHP-Politiker Muharrem Inci kritisierte, die islamisch-konservative Regierungspartei AKP versuche, mit Hilfe des Kopftuchs vor den Kommunalwahlen im März Stimmung zu machen. Während sich die AKP beim Kopftuch so engagiere, ignoriere sie andere Probleme von Frauen, wie Misshandlungen oder Ausbeutung durch illegale Beschäftigung. Redner der Kurdenpartei BDP, der Nationalistenpartei MHP sowie der neuen Linkspartei HDP begrüßten die Kopftuchfreiheit.

Und weiter:

Das islamische Kopftuch ist seit Jahren eines der am heftigsten umstrittenen Themen der türkischen Politik. Die lange Zeit von den Militärs vorgegebene Staatsideologie verbot das Tuch in öffentlichen Einrichtungen, weil es als Kampfmittel des politischen Islam eingestuft wurde.

Erdogans Regierung schaffte nach der Entmachtung des Militärs zunächst das Kopftuchverbot an den Universitäten ab und gab das Tuch dann auch für Lehrerinnen und andere Beamtinnen und Mitarbeiterinnen im öffentlichen Dienst frei.

Zeitgleich fordert die Türkei durch Minister Bagis ein „[Ende europäischer Blockaden](#)“ hinsichtlich eines EU-Beitritts des forderasiatischen Landes.



Rezension: Von kommenden Stürmen



„Von der stolzen Kultur Europas blieben nichts als traurige Reste“, heißt es lapidar in einem Aufsatz mit dem schlichten Titel „Schriftfunde aus der Spätzeit“ in einer – man lese und schmunzele – „Kulturgeschichte Eurasiens im 21. und 22. Jahrhundert“ aus der Feder eines Prof. Condor Bodhisant. Vielleicht nennt man sich so, wenn man ein Archäologe und „Meister des Ordens von Hyperborea“ aus „Samarkanda“ ist, der sich im Jahr 2525 über kryptische Aufzeichnungen beugt, die ein gewisser Lukas Lindberg – oder M-301, wie sein „Gender-Neutralname“ lautet – 2066 verfaßt hat.

Bis dahin – so prophezeit uns Thomas Barthélemy in seinem Roman „Von kommenden Stürmen“, dem diese fiktiv-akademische Betrachtung als „Prolog“ vorangestellt ist – wird uns noch einiges blühen, was sich für den, der es sehen will, schon deutlich genug am Horizont abzeichnet: Europa ist, wie der Autor in seiner Dystopie, einer Negativ-Utopie in der Tradition von „1984“, vermutet, teils in Emirate und Kalifate, teils in „Homelands“ der alteingesessenen Europäer zerfallen, in denen krebsartig wuchernde Bürokratien ein in absurden Sprachregelungen, totaler Überwachung und ständigem Kampf gegen „toxische Begriffe“ aus der „ungerechten“ Vergangenheit bestehendes Regiment über die verbliebenen Autochthonen führen. Diese leben – oder vegetieren – angstvoll zusammengepfercht und verelendet in einem anonymen Stadt-Moloch namens „Metrocity Grande“, dessen früherer Name, wie die gesamte Geschichte vor dem „Sezessionskrieg“ und der Machtergreifung der „Partei der Neuen Menschen“, verboten und vergessen ist; ihre Gehirne werden mit „Entertain“, „Infotain“ und „Games“ abgefüllt; ihre Sprache ist ein von „Mentoren“ gefiltertes und formatiertes „Multilangue“, da selbstverständlich auch die früheren Sprachen abgeschafft wurden; und sie sind, soweit sie nicht zu den Kasten der Parteimitglieder, „Admins“, Sozialtechniker, Volkserzieher oder Geheimpolizisten der Securitate gehören, so sehr mit dem Erwerb ihres dürftigen Lebensunterhalts beschäftigt, daß sie kaum dazu kommen, die begehrten Nachrichten aus den freieren Gesellschaften von „Las Americas“ oder „Asia-Pacific“ aufzusaugen.

Warten auf den Tag X

Einer der bessergestellten Apparatschiks ist der 2030 geborene Protagonist des Romans, der als sogenannter „Mentor“ im Medien-Ministerium einen privilegierten Zugang zum „Vivarium“, dem Archiv aller noch erhaltenen Medien aus der Vergangenheit, hat; offenbar hat die „Reprogrammierung“ bei ihm nicht so recht funktioniert – vielleicht weil sein Vater im Bürgerkrieg

gegen den EU-Zentralstaat kämpfte und fiel–, jedenfalls entwickelt er zunehmend Ekel und Abscheu vor der trostlosen Leere seiner gleichgeschalteten technokratischen Welt und beginnt, ein Tagebuch zu führen, das dem Leser – auch angesichts der zahlreichen Details, in denen Barthélemy unsere Gegenwart fortschreibt – eine beklemmende, manchmal aber auch bissig-humorige Authentizität vermittelt.

Zunächst beschränkt sich Lukas' individuell-anarchische Widerständigkeit darauf, heimlich „toxische“ Schriftsteller wie etwa Ernst Jünger zu lesen, aber mit der Zeit entdeckt er, daß er, aller Überwachung zum Trotz, doch nicht ganz alleine ist und einige Regimegegner sogar einflußreichen Positionen innehaben (während die der Öffentlichkeit bekannten Oppositionellen einer kleinen Freiheitspartei als einflußlose Pappkameraden im Propaganda-Dauerkampf gegen „Intoleranz“, „Rassismus“ und „Reaktion“ vorgeführt werden). Er wird in die Netzwerke der Dissidenten in seinem Ministerium einbezogen und wartet auf den Tag X. Seine Lage ähnelt ein wenig derjenigen der Verschwörer des 20. Juli 1944, und Barthélemy spielt gerne mit solchen Parallelen zum „Geheimen Deutschland“ des zwanzigsten Jahrhunderts, aber auch zu den nonkonform-rechtsintellektuellen Gruppierungen unserer Zeit – sogar aus einem Manifest der heutigen Identitären Bewegung wird zitiert.

Zu einer völligen geistigen Neuorientierung aber führt erst Lukas' Begegnung mit einer geheimnisvollen schönen Frau aus dem freien Staat „Transilvania“, die sich der Leser vielleicht als Penelope Cruz oder Angelina Jolie oder Milla Jovovich vorstellen mag (der Cineast und Filmjournalist Barthélemy zeigt in der Art, wie er diese sowohl „toughe“ als auch Beschützerinstinkte weckende, verführerische und mysteriös-esoterische junge Frau schildert, daß er auch populäre Klischees nicht scheut): Zoe gehört einer aus Südamerika stammenden Kultgemeinschaft an, die in den Katakomben der Metrocity geheime Zusammenkünfte zelebriert, sich an einem psychedelischen „Vinho“ (gebraut aus Ayahuasca, der „Liane der

Toten“) berauscht und ihre Mitglieder auf schamanische Trancereisen schickt. Geduldig führt sie den staunenden Lukas schrittweise in die Mysterien ihres Ordens ein und wird bald seine Geliebte und „spirituelle Führerin“.

Christen, Heiden und Gottesstaaten

Spätestens hier wird mancher konservativer Leser, der eine Regeneration des Abendlandes von der Besinnung auf das Christentum oder die antik-humanistischen Traditionen erwartet, verwundert den Kopf schütteln, aber es lohnt sich doch, über die Fragen, die hier angedeutet sind, nachzudenken: Ist es nicht etwas zu bequem anzunehmen, die bösen Linken haben nach 1968 eine noch lebendige christliche Kultur einfach beiseite gewischt, oder gibt es vielleicht immanente Gründe für den inneren Verfall der Kirchen, der sich auch damals längst zeigte? Haben gar gewisse Tendenzen des Christentums und seines Säkularisierungsprodukts, der europäischen Aufklärung, der Selbstzerstörung der europäischen Kultur den Weg geebnet?

Es geht Barthélemy durchaus nicht um eine simple, die eine oder die andere Seite abwertende, Entgegensetzung von Christentum und Heidentum (oder kommerzialisierter Wellness-Esoterik), sondern um die Wurzeln der Religion überhaupt, wie er sie in traditionellen schamanischen und ekstatischen Kulturen weltweit – in diesem Fall brasilianischen Ursprungs – zu erkennen glaubt. Das Christentum ist im Jahr 2066 in Westeuropa untergegangen, der Islam mächtig wie nie zuvor, obskure Kulte blühen im Verborgenen. Vor diesem Hintergrund könnte Spiritualität – und damit Identität – nur durch unmittelbare Erfahrung der tiefsten Quellen archaischen Fühlens noch erneuert werden.

Durchaus originell ist die Idee, dass der Geheimbund der „Psychonauten“ in Osteuropa Fuß gefaßt hat, wo traditionelles und identitäres Denken und auch archaische Bräuche lebendiger sind als in den westeuropäischen Großstädten. Polen, Ungarn,

Rumänien und Rußland widersetzen sich der der Dekadenz aus dem Westen ja bereits heute.

Lange kann sich Lukas indes nicht seinen – von Barthélemy eindrucksvoll phantastisch beschriebenen, zuweilen an surrealistische Gemälde, Dantes Höllenkreise oder an die „Architectura Caelestis“ von Ernst Fuchs erinnernden – visionären Reisen widmen: Das unschwer an ein neo-osmanisches Reich erkennbare Kalifat von „Eurabien“ marschiert in Austrasien ein; es kommt zum Krieg, die Dissidenten lösen die „Operation Waldgang“ aus und suchen die Schaltstellen der Macht zu besetzen. Angesichts dieses Showdowns entwickeln einige Szenen des ansonsten eher reflexiven Romans eine gewisse „action“ mit Schießereien und Feuersbrünsten, und die Oppositionellen mit so vertrauten Namen wie „Sakharov“ führen einen verzweifelten Kampf – zu groß ist die Übermacht der „Gottesstaaten“ der „Eurabier“ und „Mauretanier“, und wie nicht anders zu erwarten, kollaborieren die korrupten Appeasement-Politiker mit dem mächtigen äußeren Feind, um ihre Posten und Pfründe zu sichern.

Es ist übrigens anzumerken, daß das Wort „Islam“ im gesamten Roman nicht ein einziges Mal vorkommt, obwohl seine Macht allgegenwärtig ist – als die eigentlichen Feinde sieht Barthélemy nicht die fremden Invasoren an, die sich nur nehmen, was andere nicht mehr behaupten wollen, sondern die „Sozial-Ingenieure“, Gender-, Rassismus-, Neusprech- und sonstigen „Experten“ und ihre Straßen-Bataillone, die „Anti-Haß-Brigaden“.

Der Orden der Psychonauten

Der erste Teil des Buches „Wir sind die Toten“ (ein Orwell-Zitat) schließt mit Lukas' und Zoes gefährvoller Flucht durch ein von Warlords beherrschtes talibanisiertes Niemandsland zwischen einem orientalisierten München (türk.: Monasti Basar) und Wien (Vijana) und dem noch freien Budapest, und der zweite Teil „Das innere Reich“ beginnt mit der Ankunft der beiden in

der mysteriösen Ordensburg des Psychonauten-Bundes in den Wäldern der Karpaten. Wie nicht anders zu erwarten, spukt es hier kräftig, aber es ist kein Graf Dracula, der blutsaugend umgeht, sondern es sind als „Psychopompoi“ (Seelenführer) wirkende Verstorbene, die in einer als großes Fest gefeierten „Nacht der Toten“ (zu Allerheiligen) erscheinen – darunter der 1923 verstorbene Münchner Dichter und Mysterienforscher Alfred Schuler, dessen Werke vor einigen Jahren im Telesma-Verlag, der auch Barthélemys Roman publiziert hat, veröffentlicht wurden. Ebenso tritt in diesem sehr intertextuellen Buch der Lyriker Rolf Schilling auf – auch er ein Autor des Telesma-Verlags.

Die äußere Handlung wird nun in dieser transilvanischen Anderswelt immer mehr zugunsten plastischer Beschreibungen überirdischer Welten zurückgenommen. Lukas lernt die Geschichte des Ordens anhand alter Chroniken und „Logbücher“ früherer Jenseitsreisender kennen, studiert deren Tagebücher (die somit Tagebücher innerhalb seines eigenen weitergeführten Diariums darstellen) und erfährt mancherlei über die Ziele des Bundes, die dieser vor allem in einem eurasischen Zusammenschluß von Eingeweihten verschiedener (schamanischer, christlich-mystischer und buddhistischer) Traditionen sieht.

Der Roman schließt mit Lukas' Erkenntnis der kosmischen Rolle des Menschen, der, zwischen Götter und Dämonen gestellt, sterblich und unsterblich zugleich, die schwersten Kämpfe auszufechten habe. Letztlich sind diese Kämpfe in erster Linie metaphysischer Natur, und was als Dystopie begann, endet als Entwicklungs- und Selbstfindungsroman.

Film und Metapolitik

Barthélemys Hintergrund als popkultureller Aficionado zeigt sich in zahlreichen literatur- und filmgeschichtlichen Bezugnahmen: Zu nennen sind hier, neben Klassikern wie Orwells „1984“, „Brave New World“, mit dessen Verfasser Aldous Huxley Barthélemy die Neigung zu psychedelischen Experimenten und

deren religiöse Deutung teilt, und „Fahrenheit 451“ etwa Kubricks Film „Clockwork Orange“, der die „Umpolung“ eines Missetäters schildert, des weiteren Dystopien von „Soylent Green“ über „Blade Runner“ bis zu „Children Of Men“, aber auch der grandiose Jenseits-Trip „Hinter dem Horizont“ neben „Flatliners“, und natürlich „Matrix“ – nicht zu vergessen die gelungene deutsche Produktion „Die kommenden Tage“ (2010) mit Bernadette Heerwagen, August Diehl und Daniel Brühl.

Besonders bemerkenswert ist, daß diese Bezüge nicht einfach nur im Verlauf der Handlung auftreten, sondern daß der Roman, der Grundproblematik von Bewahrung und Verfall entsprechend, insgesamt ein „Archivroman“ ist: Dem „schlechten“ Archiv des „Vivariums“, das unterhalten wird, um verbotenes Wissen zu verbergen, steht ein „gutes“ Archiv in Gestalt der Ordensburg gegenüber, in deren alle möglichen Stilrichtungen zitierenden Architektur die Symbolwelten sämtlicher religiöser Traditionen bewahrt werden sollen.

Thomas Barthélemys Buch ist nicht nur für sich merkwürdig, sondern Teil eines ambitionierten Projekts: Der Telesma-Verlag stellt es als ersten Band einer Reihe mit dem Titel „Der Laterale Roman“ (LAROM) vor – Ziel ist es zu zeigen, daß die nonkonforme, mainstreamkritische Szene nicht nur gute Sachbücher zu schreiben und fundierte gesellschaftskritische Analysen vorzulegen vermag, sondern auch zu literarischen Schöpfungen imstande ist. Hier – wie im gesamten „metapolitischen“ Bereich – sieht es insgesamt noch allzu dünn aus, und wenn Rechtsintellektuelle auf ihre literarischen Leitfiguren verweisen, werden gewöhnlich nur Altmeister wie Ernst Jünger, Ernst von Salomon, Joachim Fernau, Nicolas Gomez Davila oder Jean Raspail genannt; der Jüngste im Bunde ist zumeist Botho Strauß. Es bleibt abzuwarten, ob sich eine neue nonkonforme literarische Szene, abseits des Feuilletons, der staatlichen Literaturpreise und Stipendien entwickeln kann.

[Von kommenden Stürmen.](#) Roman. Umschlaggestaltung nach dem Gemälde „Das Innere des Berges II“ von Angerer dem Älteren. Treuenbrietzen: Telesma-Verlag 2013, geb., ISBN 978-3-941094-12-3, 18,95 €

Stellenmarkt: Zuwanderer bevorzugt

☒ Deutsche (Langzeit-) Arbeitslose haben derzeit schlechte Karten in einem Land, in dem es angeblich so viele Jobs gibt wie nie zuvor. Doch für die Betroffenen ändert sich dadurch nichts, denn nur die wenigsten profitieren von den neuen Stellen, weil viele Unternehmen [lieber Zuwanderer aus den EU-Ländern einstellen](#). Und wer ist schuld daran? Natürlich die deutschen Arbeitslosen, weil sie „nicht mehr vermittelbar“ und „nicht genug qualifiziert“ sind. Laut öffentlichem Aufschrei müssen „qualifizierte Zuwanderer den Laden Deutschland am Laufen halten und somit für den Wachstumssprung sorgen, der anderen erlaubt, in den Arbeitsmarkt zu gelangen“.

(Von Verena B., Bonn)

Wieder einmal müssen also Zuwanderer Deutschland retten, weil die Einheimischen angeblich zu alt, zu doof und zu unmotiviert sind. Fakt ist, dass gut ausgebildete junge Menschen Deutschland zuhauf verlassen (165.000 Fortzüge verzeichnete das geeinte Deutschland im vergangenen Jahr, Hauptziele: Schweiz, USA sowie Österreich und Polen, wo sie mehr verdienen, bessere Arbeitsbedingungen vorfinden und größere

Wertschätzung genießen). Das gilt insbesondere für junge Ärzte, die häufig gleich nach Beendigung des Studiums ins Ausland flüchten, aber auch für fleißige Handwerker, die andernorts wegen ihrer „deutscher Tugenden“ wie qualifizierte Arbeit und Zuverlässigkeit heiß begehrt sind. Es müssen also schnell „qualifizierte Ausländer“ ins Land geholt werden! Wie unlängst das Vorstandsmitglied der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Alt, berichtete, haben allein in diesem Jahr rund 270.000 Männer und Frauen aus EU-Staaten eine Arbeit in Deutschland gesucht. So haben viele deutsche Kliniken und Pflegeheime arbeitslose spanische, griechische und portugiesische Pflegekräfte angeworben, um ihren Personalbedarf zu decken. Eine wachsende Rolle bei der Stellensuche spielen auch Frauen und Männer, die etwa nach einer längeren Elternpause wieder ins Arbeitsleben zurückkehren wollen.

Doch was hat es mit der „alternativlosen“ Zuwanderungspolitik, sprich massive Einwanderung vermeintlich qualifizierter Ausländer, wirklich auf sich, die unsere Volkstribunen so gnadenlos fordern, anstatt nachhaltig und wirksam mit einer vernünftigeren Bevölkerungs- und Familienpolitik gegenzusteuern? Sind die, die in Scharen in Deutschland einfallen, wirklich eine so große Bereicherung für unser Land, wie uns weisgemacht wird?

Nach neuesten Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind über ein Drittel (35 Prozent) der Arbeitslosen in Deutschland ausländischer Herkunft, obwohl offiziell nur jeder fünfte in Deutschland lebende Mensch ausländische Wurzeln hat. Unter den Hartz-IV-Empfängern liegt der Ausländeranteil bei 42 Prozent. In Hessen, Hamburg und NRW liegt der Ausländeranteil der Hartz-IV-Empfänger sogar bei deutlich über 50 Prozent. Der Hauptgrund für die hohe Arbeitslosen- und Hartz-IV-Rate bei Ausländern ist meist eine geringe Schul- und eine fehlende Berufsausbildung, die dummerweise dazu führt, dass ein erheblicher Teil der hier lebenden Ausländer laut

Bundesanstalt für Arbeit „häufig nicht hinreichend erfolgreich am Erwerbsleben teilnehmen kann“. Bei den deutschen Arbeitslosen weisen 82 Prozent einen Berufsabschluss auf, aber sie bekommen dennoch keine Chance auf dem Arbeitsmarkt.

Bundeskanzlerin Merkel, die eine stramme Umvolkungspolitik verfolgt, forderte auf dem letzten Integrationsgipfel, dass Deutschland ein Integrationsland werden müsse, und der damalige Bundeswirtschaftsminister Rösler forderte weitere „qualifizierte“ Einwanderung. Merkel schimpfte auch, dass viele Deutsche noch immer enorme Vorurteile gegenüber Ausländern hätten, die ihnen die Stellen wegnehmen wollen. Es scheint den Volkstribunen absolut unverständlich, dass „Vorurteile“ Schutzmechanismen der Bevölkerung sind, die sich angesichts einer zunehmenden Islamisierung, einer nicht mehr hinlänglich gewährleisteten inneren Sicherheit und einer dramatischen Einwanderung in den Sozialstaat aus einem angeborenen Selbsterhaltungstrieb heraus verzweifelt zur Wehr setzt.

Untermauert wird der angebliche Bedarf an ausländischen Arbeitskräften durch die politisch linke Bertelsmann-Stiftung, die gemäß Auftrag der herrschenden Elite entsprechend manipulierte Studien erstellt, denen zufolge Ausländer besser qualifiziert seien und der hiesigen Wirtschaft angeblich enormen Nutzen bringen, ohne dem Sozialstaat zur Last zu fallen. Diese Stiftung fordert seit Jahr und Tag eine neoliberale Politik in Deutschland und spricht sich für eine massive Ausweitung der Zuwanderung aus, damit die Löhne stabil auf einem niedrigen Niveau gehalten werden können, denn das ist gut für die Konzerne.

Und so träumen die alternativlose Kanzlerin und ihre SänftenträgerInnen nachhaltig von einem globalisierten Deutschland in einem globalisierten Europa in einer globalisierten Welt, in der die Bürger nur noch Sklaven sind und nichts mehr zu sagen haben.

Die Populisten hingegen sind erzürnt: Deutschland braucht

keine vermeintlich hochqualifizierten Fachkräfte aus dem Ausland (die kommen, da sie nicht blöd sind, sowieso nicht nach Deutschland, wo sie den größten Teil ihres Gehalts für Sozialschmarotzer opfern müssen), sondern eine populistische Politik, die deutschen Arbeitslosen eine echte Perspektive bietet.

Alternative für Deutschland!?



Video: Klartext zu „Gott vs. Allah“ von Nassim Ben Iman und Walter Mixa



Während eines Vortrages im Juni 2013 in Reutlingen zum Thema Islam, spricht der Evangelist und Konvertit Nassim Ben Iman (Foto l.) die katastrophalen Zustände in den Landeskirchen an. Gerade in der gegenwärtigen Diskussion um die [Muezzinrufe in der evangelischen Kirche Hambach](#) sind die Worte eines ehemaligen

Muslim und jetzigen Christen wichtig.

(Von PI-.Stuttgart)

Er berichtet, wie sich ein Islambeauftragter einer evang. Landeskirche sich ihm gegenüber äußerte. Nassim Ben Iman fragte ihn, wer denn seine Berater seien. Stolz berichtete der Islambeauftragte, dass er seine Informationen alle aus erster Hand hätte – von diversen Imamen und anderen Muslimen.

Ben Iman kritisierte auch den Dialog, der häufig auf Kosten der Wahrheit geführt wird. Vor allem aber spricht er sich gegen sogenannte „Ökumenische Gottesdienste“ mit dem Islam aus. „Jeder liest aus seinen Texten vor. Keiner versteht so richtig was der Imam da sagt, ob er segnet oder flucht und alle sagen am Ende „AMEN“.

Sinngemäß spricht sich Ben Iman für ökumenische Gottesdienste unterschiedlicher christlicher Denominationen aus, weil die Grundlage stimmt, aber nicht mit dem Islam. „Der Koran sagt: Jesus Christus ist nicht Gottes Sohn, was hat das mit der Bibel zu tun?“ so Ben Iman. „Das ist nicht Integration, Dialog, Toleranz, das ist Hochverrat an Jesus Christus und seinem Evangelium“.

Deutliche klare und auch erklärende Worte aus dem Mund eines Mannes, der es wissen muss, der Muslim war, Christ wurde und jetzt weiß, was wirkliche Freiheit bedeutet. [Pfarrer Mandelbaum](#) und andere Vertreter der staatlichen Kirchen wären gut beraten, ihre Informationen von denen einholen, die die ganze Wahrheit über den Islam weitergeben, ohne dabei wesentliche Inhalte zu verschweigen!

Aber auch der ehemalige Bischof von Augsburg, Walter Mixa (Foto oben r.), sprach im Jahre 2009 eindeutig davon, dass Allah nicht der Gott der Bibel ist. Mixa wörtlich:

„Vielleicht sind wir als Kirche auch im interreligiösen

Dialog, vor allen Dingen auch im Kulturdialog mit einem immer stärker werdenden Islam deshalb so schwachbrüstig geworden, weil seit 25 Jahren oder 30 Jahren Christentum verniedlicht wird mit der Verkündigung ?'Seid nett zueinander?'. Und ich gehe so weit, daß ich auch für den interreligiösen Dialog ganz klar und eindeutig sage, daß Allah nicht der liebende Gott und Vater unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus ist. Und ich muß kein Prophet sein, wenn ich Ihnen sage: Auf das wird es in den nächsten 50 Jahren ankommen: daß wir das nie und nimmer verleugnen, sondern bezeugen und bekennen. Wenn wirs nicht tun, gehen wir gegenüber einem glaubensstarken Islam unter mit Kreuz und Fahne.“

Die OIC-Kampagne gegen „Islamophobie“



Diese Kampagne gegen „Islamophobie“ ist Teil eines Zehn-Jahres Plans der OIC [Organisation of Islamic Cooperation], jegliche Kritik am Islam und jegliche Aktivität, die den Islam in einem schlechten Licht darstellen könnte, zu beenden. Schon im Jahr 2008 wurde der Plan detailliert auf dem Blog Gates of Vienna analysiert: [The OICs Crusade against Islamophobia](#). Eine Schlüsseltaktik des Projekts ist, den Eindruck zu erwecken, dass „Islamophobie“ grassierend und

außer Kontrolle geraten, und dass eine Intervention der Regierungen dringend notwendig sei. Berichte über das Phänomen werden von verschiedenen islamischen Organisationen veröffentlicht, einschließlich der umstrittenen amerikanisch-islamischen Gruppe CAIR. ([Weiter auf EuropeNews](#))

Kassel: 74-Jährige schlägt Räuber in die Flucht

☒ Vielfach wird hier auf PI das Verhalten von Raubopfern kritisiert, die sich devot ihrem Schicksal ergeben und keine Anstalten machen, sich dem Täter zur Wehr zu setzen. Aber es gibt auch immer wieder Fälle, wo es für den oder die Täter nicht so glimpflich zugeht. [Zuletzt berichteten wir](#) über einen 29-Jährigen in Wunstorf, der drei türkischen Drogendealern, die ihn körperlich angegangen waren, arg zusetzte. Dieses Mal ist es eine 74-jährige Rentnerin aus Kassel, die gegenüber einem jungen Räuber mit „dunkelbrauner Hautfarbe“ Zivilcourage und Schlagkraft bewies.

[Das Presseportal](#) berichtet:

Nach den Angaben der 76-jährigen Kasselerin gegenüber den Beamten des Kriminaldauerdienstes war sie am vergangenen Sonntagvormittag zu Fuß in der Parkstraße unterwegs. Plötzlich habe ein Mann vor ihr gestanden, der zu ihr etwas Unverständliches sagte und ihr im gleichen Moment die Halskette mit einem Ruck vom Hals riss. Danach versuchte er ihr die Handtasche vom Körper zu reißen, woraufhin die Seniorin dem Räuber einen Schubs gab. Als er danach offensichtlich ihren rechten Ohrring abreißen wollte, versetzte die 76-Jährige dem Mann einen Faustschlag ins

Gesicht. Dabei geriet er ins Straucheln, stolperte rückwärts über einen Bordstein und fiel in eine kleine Hecke. Als er wieder aufstehen wollte, versetzte ihm die Rentnerin einen Tritt in den Hintern bzw. in den Rücken, worauf der Räuber mit der Halskette die Flucht ergriff. Bei der Beute handelt es sich um eine Goldkette, die aus zwei dünnen ineinander verdrehten Ketten mit einem Hakenverschluss besteht. An der Kette befand sich ein goldener Anhängerring mit unzähligen Diamantsplittern.

Den Täter beschreibt die 76-Jährige in ihrer Vernehmung wie folgt: Ca. 18 bis 22 Jahre alt, etwa 155 bis 160 cm groß, dunkelbraune Hautfarbe, rundes Gesicht, sehr kurze dunkle Stoppelhaare, dunkle Augen. Er soll mit einer braun-grünen Jacke und einer langen Hose bekleidet gewesen sein. [...]

Ob der 74-Jährigen jetzt eine Anzeige wegen schwerer Körperverletzung einer jungen Fachkraft droht, ist zur Stunde nicht bekannt...

Fall Limburg klar: Homo- und andere Intrigen

☒ Auf dem Foto sehen Sie den neuen Verwalter des Bistums Limburg, Wolfgang Rösch, wie er zum Wohlgefallen und zum Spott der regierenden Lumpenpresse und des roten Shitstorm-Pöbels sparsam zur Arbeit radelt. In der Sache der Vertreibung von Bischof Tebartz von Elst gibt es jetzt Klarheit. Seit der Einsetzung von Tebartz liefen sieben dreckige Medienkampagnen in SPIEGEL, FAZ, BILD und anderen linken „Qualitätszeitungen“. Hinter dem Ganzen stecken katholische Charakterlumpen, die sogar den neuen Papst auch angreifen und in Richtung

kirchliche Schwulenehe, Frauen als Pfarrer und anderen modernistischen Mist drängen möchten. Und die Jounaille springt da gerne auf den Zug auf und inszeniert eine Schmierenkampagne, denn das Christentum muß kaputtgemacht werden. Wir bringen einen erhellenden Artikel aus kath.net zu Dokumentationszwecken:

Seit 2008 liefen sieben Medien-Kampagnen gegen den Limburger Bischof

Limburg (kath.net) Als Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst am 20. Januar 2008 im Limburger Dom feierlich eingeführt wurde, war er zunächst allseits willkommen – aber nur unter der Erwartung und Bedingung, dass er den liberalen Kurs seines Vorgängers Franz Kamphaus fortführen würde.

Die erste Medien-Attacke nach sechs Monaten Amtszeit

1. Gut ein halbes Jahr später hatte sich schon eine Fundamentalopposition gegen den neuen Bischof formiert. Die Limburger Regionalzeitung ‚Nassauische Neue Presse‘ publizierte am 6. 9. 2008 unter der Schlagzeile „Der Statthalter Roms“ eine ganzseitige Fundamentalkritik am Oberhirten: Der neue Bischof sei ein Höriger der „Zentrale im Vatikan“. „Kamphaus war Bischof von Limburg, Tebartz-van Elst ist ein Beamter Roms“ – so übernahm die Zeitung die Kampfparole eines ungenannten Klerikers. Diese Gegensatzformel verschärften die Medien in den nächsten Jahren noch weiter: Altbischof Kamphaus wurde zu einer charismatischen Lichtgestalt verklärt, während man am neuen Bischof nur einen bürokratischen Erfüllungsgehilfen von Papst Benedikt sehen wollte. Oder wie es Daniel Deckers (FAZ) noch kürzlich formulierte: Der Limburger Oberhirte als „reaktionäre Kreatur“ würde sich an ‚Rom-Unterwürfigkeit von niemanden übertreffen lassen‘.

In Wirklichkeit hatte Bischof Tebartz-van Elst kurz vor der Zeitungspublikation völlig souverän eine wichtige

Personalentscheidung getroffen: Er entthob den Dekan von Wetzlar wegen einer unerlaubten Segnung eines Homosexuellen-Paares seines Amtes. Als Begründung führte der Bischof die biblisch-theologische Lehre der Kirche an, wonach es „keinerlei Fundament dafür gibt, zwischen den homosexuellen Lebensgemeinschaften und dem Plan Gottes über Ehe und Familie Analogien herzustellen, auch nicht in einem weiteren Sinn.“ Damit hatte der Bischof allen Plänen zur Aufweichung und Ausweitung der Ehe auf Homo-Partnerschaften eine Absage erteilt. Zugleich betonte der Limburger Oberhirte die Bedeutung von Treue und Unauflöslichkeit bei der sakramentalen Ehe. In der Deutschen Bischofskonferenz wurde Tebartz-van Elst daher zum Leiter der Kommission für Ehe und Familie ernannt.

Ein weiteres Lehrstück eines auf Gerüchten fußenden Journalismus

2. Die zweite Medienkampagne mit Artikeln, Kommentaren und Leserbriefen gegen den Bischof lief im Sommer 2009 an. Wiederum heizte die NNP mit einer Falsch-Schlagzeile die anti-bischöfliche Stimmung an: „Nur Geweihte in der Seelsorge“ (30. 6. 2009). In Wirklichkeit ging es darum, dass der Bischof eine Ausnahmeregelung nicht verlängert hatte, nach der Laien mit der Leitung einer Pfarrei beauftragt worden waren. Dieses „Statut für Pfarrbeauftragte“ war durch die damaligen Planungen für größere Pfarrei-Räume obsolet geworden. Die sinnvolle und notwendige Entscheidung des Bischofs wurde von der synodalen Diözesan-Versammlung mitgetragen.

Die Unterstellung, dass der Bischof sich „als Seelsorger nur die Geweihten vorstellen“ könne, hatten offensichtlich Pastoral-Assistenten an die Presse lanciert. Der neue Weihbischof Dr. Thomas Löhr wies die Falsch-Behauptung umgehend zurück: „Für die Seelsorge vor Ort brauchen wir alle – Diakone sowie die Pastoral- und Gemeindereferenten.“

Des Weiteren nahmen einige Laien-Mitarbeiter daran Anstoß, dass Bischof Tebartz-van Elst deutlich die geweihten Priester

und ihren sakramentalen Dienst unterstützte. Die NNP jammerte: „Beim Thema Zölibat blockt der Bischof komplett ab.“ Und: „Zu hundert Prozent gegen Frauenpriestertum.“ Man sieht an dieser Themen-Formulierung, dass die Journalisten selbst aktiv Kirchenpolitik betreiben wollten – für eine ‚andere Kirche‘

Die Zeitungskommentare und damit evozierten Leserbriefe waren inzwischen schon so giftig, dass der Leiter vom diözesanen Bildungszentrum, dem ‚Haus am Dom‘ in Frankfurt, in einem Leserbrief an die Kirchenzeitung von „sensationslüsterner Berichterstattung“ und einem „Lehrstück eines auf böswilligen Gerüchten fußenden“ Journalismus sprach.

Der SPIEGEL greift an

3. Im Sommer 2010 wurde die dritte Medienkampagne angeleiert. Inzwischen hatten die beiden ‚Wir sind Kirche‘-Pfarrer Hubertus Janssen und Albert Dexelmann Kontakt mit dem SPIEGEL aufgenommen. Deren bissige Polemik gegen Bischof und Kirche wurde im Artikel „Limburger Leidkultur“ vom 15. 11. 2010 bundesweit verbreitet. Zusätzlich verschärfte der SPIEGEL-Redakteur Peter Wensierski seine Attacke gegen den Limburger Bischof mit vier Lügen:

Erstens: Der schon unter Kamphaus geleaste Dienstwagen-BMW sei erst vom Nachfolger angeschafft worden.

Ein internes Diskussionspapier von Pfr. Dexelmann – zweitens – verdrehte der SPIEGEL-Mann zu einem Protestbrief an den Bischof.

Drittens: Aus dem schon eineinhalb Jahre archivierten Papier machte Wensierski einen aktuellen „Brandbrief“.

Und schließlich behauptete das angebliche Nachrichtenmagazin wahrheitswidrig, der damalige Archivtext würde zum Zeitpunkt der Veröffentlichung unter allen 245 Priestern des Bistums kursieren.

Für die hessischen Regionalzeitungen wäre es ein Leichtes gewesen, vor Ort die Lügengeschichten des SPIEGELS aufzuklären und richtigzustellen. Doch die heimischen Redakteure einschließlich ‚bild‘, Hessischem Rundfunk und SWR folgten blind und im Gleichschritt dem kirchenfeindlichen Leitmedium aus Hamburg. Es wurden sogar neue Lügen zugefügt: Die Nassauische Presse erfand weitere 10 Autoren zu dem „Brandbrief“-Text, der als „Gesprächsimpuls“ von einem einzigen Pfarrer unterzeichnet war. Hr-online log zu den zehn Phantom-Autoren noch 30 weitere Unterstützer hinzu.

Der Sprecher des Limburger Priesterrats bedauerte und verurteilte diesen Kampagnen-Journalismus. Er versichert dem Bischof ausdrücklich die Loyalität des Priesterrats.

Gezielte Verdächtigung als Rufmordkampagne

4. Am 25. Januar 2012 löste die FAZ-Regionalausgabe eine weitere mediale Verleumdungswelle aus. Der Journalist Stefan Toepfer verdächtigte den Limburger Bischof eines Plagiats, obwohl er zum damaligen Zeitpunkt schon wusste, dass Textähnlichkeiten in dem neuen Bischofsbuch mit Kamphaus-Vorträgen auf den gleichen Redenschreiber zurückgingen. Gleichwohl streute Toepfer gezielt „den Verdacht des Plagiats“ aus und brachte die damals aktuelle „Guttenberg-Affäre“ ins Spiel.

Dieser Skandalisierungsansatz Toepfers wurde zwei Tage später noch von der Nassauischen Neuen Presse übertroffen. In einer Passantenbefragung suggerierten die Boulevard-Reporter das Faktum eines Plagiats. Unter der Überschrift „Ein Limburger Plagiat?“ druckten sie dann die Antworten aus, die sie haben wollten: „Der Bischof sollte – wie von Guttenberg – zurücktreten“

Wochenlange Medienkampagne zu 250 Euro für ein privates Upgrade

5. Mit seinem Artikel „First Class in die Slums“ vom 20. 8.

2012 gab der SPIEGEL den Anstoß für die fünfte Medienkampagne gegen den Limburger Bischof, die in ihrer Wucht und Breite alles Bisherige übertraf. Auch in diesem Beitrag wurde wieder eine Lügengeschichte aufgekocht. Bischof Tebartz-van Elst und sein Generalvikar Franz Kaspar hatten bei einem Langstrecken-Nachtflug nach Indien ihr Flugticket aus eigener Tasche aufgewertet, um im Oberdeck der 1. Klasse ausgeschlafen für das anstrengende Programm am Zielort anzukommen. Der SPIEGEL dagegen unterstellte, dass der Bischof allein aus einem Luxusmotiv in der Oberklasse fliegen „wollte“ und dort mit „Champagner und Kaviar“ auf Kirchensteuernkosten geschwelgt hätte.

Auch nach diesem Verleumdungsartikel schwamm die Masse der Schwarmjournalisten wieder im Mainstream-Schlepptau des SPIEGELS – außer der Chefredakteur der Nassauischen Neuen Presse. Der verweigerte damals dem Medienzirkus gegen Bischof und Kirche die Gefolgschaft mit dem zutreffenden Satz: „Der Bischof kann machen, was er will. Er scheint alles falsch zu machen“ nach Meinung der Medien.

Aus einem Dialog-Papier macht die Presse einen „Priesteraufstand“

6. Die sechste anti-bischöfliche Medienwelle war eine provinzielle Nachahmung der „Brandbrief“-Kampagne des SPIEGELS. 21 Bistumspriester hatten im März 2012 einen „Beitrag zum Dialog und kirchlichen Miteinander im Bistum Limburg“ geschrieben. Der „Hofheimer Kreis“ wollte zur Verbesserung der Kommunikation im Bistum und Motivation der kirchlichen Mitarbeiter mit einigen Vorschlägen beitragen. Nach einem vertrauensvollen Gespräch der Geistlichen mit dem Bischof und der Diskussion des Papiers im Priesterrat meinte einer der Unterzeichner: „Wir sind auf einem guten Weg, dass die Ängste und Verunsicherungen abgebaut werden. Der Bischof steht hinter uns!“ Ein weiterer Unterzeichner, Dr. Werner Otto aus Frankfurt, betonte, dass dieser Text in keiner Weise gegen den Bischof gerichtet sei, sondern den konstruktiven Dialog

fördern wolle.

Dieses Papier wurde Mitte September 2012 an die Presse lanciert, als die Medienhatz gegen den „Champagner trinkenden Bischof“ noch im vollen Gange war. In dieser Situation verdrehten die regionalen Presseorgane das etwas larmoyante Dialogpapier ins glatte Gegenteil eines aggressiven Aufstandfanals: „Priesteraufstand gegen den Bischof“, meldete hr-online, „Aufruhr in Limburg“ titelte die Frankfurter Neue Presse. Bis heute wird das interne Diskussions-Papier schamlos verfälscht: Wahrheitswidrig wollte Daniel Deckers im FAZ-Beitrag vom 24. 6. 2013 „Entsetzen über den Lebens- und Leitungsstil des Bischofs“ darin erkennen. Vom Lebensstil des Bischofs wird in dem fünfseitigen Papier in keiner Zeile geredet – auch nicht indirekt; von „Entsetzen“ darüber ist erst recht nichts zu finden.

Gerüchte und üble Nachrede im Stil eines Boulevard-Blattes

7. Mit diesem Artikel löste der bisher angesehene Journalist die siebte Medienkampagne gegen den Limburger Oberhirten aus. Dieser Text wurde vom NNP-Chefredakteur als Total-Verriss des Bischofs charakterisiert. Der Decker-Artikel kommt einer medialen Hinrichtung gleich, durchgehend vom Ressentiment gegen den Limburger Bischof geprägt, gespickt mit Gehässigkeiten, gewürzt mit stichelnden Bemerkungen, Abfälligkeiten, Übertreibungen und unzulässigen Verallgemeinerungen auf der Basis von Gerüchten und übler Nachrede. Deckers beschimpfte den Limburger Bischof zitierend als „irres Bambi“.

Stimmungsmache ad personam

Deckers Kollege Volker Zastrow konnte nach diesem Total-Verriss des Bischofs in seinem Artikel „cave canem“ nichts Substantielles zu der ‚Domberg-Affäre‘ mehr nachschieben. Zastrow brachte den entscheidenden Satz, der den gesamten Medienzirkus gegen das Domberg-Bauprojekt entlarvt als

Stimmungsmache ad personam: „Was dem Bischof von Limburg nicht verziehen wird, würde dem beliebten Kardinal von Mainz kaum einer krumm nehmen.“

Die Tagesschau mit grotesker Nachrichten-Gewichtung gegen den Bischof

Den bisher schrillsten Paukenschlag gegen den Bischof lieferte die ARD-Tagesschauendung vom 10. Oktober. Hintergrund: Der Limburger Oberhirte hatte nach der Veröffentlichung des SPIEGEL-Artikels zum Indienflug mindestens zwei Mal erklärt, dass er Erster Klasse geflogen sei und warum. Dem SPIEGEL-Journalisten gegenüber aber betonte er die Relevanz der kirchlichen Reise-Regelungen für den Indienflug: Der Bischof war bezüglich der Abrechnung mit der Kirche und entsprechend deren Richtlinien tatsächlich Business Class geflogen ist. In diesem Sinne hatte sich Tebartz-van Elst geäußert. Der SPIEGEL dagegen trennte die Bischofsaussage vom kontextuellen Bezug. Mit dieser unzulässigen Isolierung einer Aussage vom Kontext konstruierte auch die Staatsanwaltschaft eine Lüge. Damit sollte sie bei einem fairen Gericht nicht durchkommen.

Der Bischof am Medien-Pranger

Die der Tagesschau folgende Brennpunktssendung stand unter dem vorverurteilenden Titel: „Die Lügen des Bischofs von Limburg“. Der ARD-Journalist sprach vom Bischof ausdrücklich als „Lügner“. Die gebotene Unschuldsvermutung bei einem laufenden Verfahren, ein Rechtsanspruch jedes Bürgers, wurde dem Bischof von einem öffentlich-rechtlichen Sender verweigert. Der Presse-Codex des Deutschen Presserats warnt ausdrücklich vor einem unzulässigen „Medien-Pranger“. Genau diesen Eindruck bzw. Wirkung machte die Tagesschau-Meldung bei den Zuschauern.

Ein Domkapitular als Informant

Zwischendurch hatte die bis dato laufende Medienkampagne durch das Auftreten des Frankfurter Dechanten Johannes Graf zu Eltz neuen Schub bekommen. Der Prälat benutzte zweimal die ZDF

Heute-Sendung, um sich als Gegenspieler des Bischofs aufzubauen. Der verblühte Fernseh-Aufruf des Frankfurter Prälaten an seinen Bischof zum Rücktritt mag Tebartz-van Elst bewogen haben, die Reißleine zu ziehen und Rom um Vermittlung im Bistum zu bitten.

„Andere Gründe“ werden sichtbar: Zölibat und Homo-Partnerschaften

Auch in diesem Fall scheinen hinter der Medienattacke gegen Person und Projekte des Bischofs „andere Gründe“ – so der Regensburger Bischof Vorderholzer – zu stecken als die vorgebrachten Thesen zum Amts- und Lebensstil Tebartz-van Elst'. Der Frankfurter Stadtdekan und Domkapitular zu Eltz hat sich in der FAZ öffentlich dafür eingesetzt, dass man in „Ergänzung“ zum zölibatären Priester auch verheiratete Männer zum Weihe-Priesteramt zulassen sollte. Bei dieser Regelung wäre der verpflichtende Priesterzölibat aufgehoben. Auch im Papier des „Hofheimer Kreises“, das der Stadtdekan mitunterzeichnet hat, wird der Zölibat als „strittiges und lösungsbedürftiges Thema“ aufgeführt. Weiter wird in dem Papier eine Änderung beim kirchlichen „Umgang mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften“ angemahnt.

Es geht um die Ausrichtung des Bistums an der kirchlichen Glaubens- und Sittenlehre

Hier schließt sich der Kreis: An diesen und weiteren Punkten kirchlicher Lehre und Disziplin standen bestimmte Kirchenleute im Bistum von Anfang an in Opposition zu Bischof und Kirche. Sie versuchten, mit Hilfe der Medien die Amts- und Lehr-Autorität des Oberhirten zu schwächen. Dazu nutzten sie Nebenschauplätze wie Dombergbebauung und Indien-Flug.

Es ist offensichtlich, dass in kirchlicher Lehre und Disziplin einige Kräfte des Bistums eine andere Kirche wollen als der beauftragte Bischof als Wächter für Lehre und Disziplin der Kirche. Der Kern des „Limburger Konflikts“ ist der Kampf um

die Ausrichtung des Bistums an der Glaubens- und Sittenlehre der Kirche.

(Die Baukosten waren vorgeschoben. Was in BILD, FAZ und anderen Medien die letzten Wochen ablief, kann nur als Schweinejournalismus bezeichnet werden. In München wird gerade ein neues Ordinariat für 130 Mio geplant, [laut Spiegel](#). Wo ist die Kritik? [Quelle des obigen Textes: kath.net](#))

Massenmörder Napoleon in Hanau



Da es bei PI so viele Verehrer Napoleons gibt, die ihn für einen segensreichen Engel halten und ausblenden, daß er ein Massenmörder ersten Ranges war ([siehe diesen PI-Artikel](#) etwa), hier ein paar Stellen aus einem Text der FAZ heute über die Schlacht bei Hanau:

Auf rund 45.000 bis 50.000 Mann wird die Stärke des bayerisch-österreichischen Kontingents geschätzt, auf Seiten der Franzosen sollen es um die 15.000 Soldaten mehr gewesen sein... Nach langwierigen heftigen und blutigen Kämpfen war der Weg für die Franzosen frei, die nun unbehelligt weiter in Richtung Frankfurt zogen. Doch zwischen 4000 und 6000 Tote

und mehr als 10.000 Gefangene sollen ihr Preis gewesen sein. Auf Seiten der Bayern und Österreicher zählte man gut 9000 Tote und Verwundete. Viele waren auf der Flucht in der Kinzig ertrunken, die gerade Hochwasser führte...

Wie hoch der Tribut war, den die Zivilbevölkerung in und um Hanau zu zahlen hatte, ist unbekannt. Während der Schlacht tobten die Soldaten im Kampf oder auf der Flucht durch die Straßen der Innenstadt. Zudem beschossen die Franzosen bei ihrem Abzug die Stadt und steckten dabei die Hanauer Vorstadt in Brand...

Auch vor und nach der Schlacht bei Hanau hatte die Bevölkerung zu leiden, etwa unter den versprengten französischen Soldaten, Verwundeten, Kranken und Fahnenflüchtigen, die nach der Schlacht bei Leipzig durch das Land und durch die Stadt zogen...

Die Schlacht bei Hanau brachte auch zahlreichen Zivilisten in der Stadt den Tod. Für viele Bürger war die Schlacht erst nach einigen Monaten beendet, wie der Hanauer Historiker Erhard Bus sagt. Die Soldaten, die unter sehr schlechten hygienischen Bedingungen litten, brachten Typhus, Fleckfieber und die Pest in die Stadt. Wer Waffen oder Gegenstände gefallener Soldaten an sich nahm, der brachte laut Bus oftmals den Tod mit nach Hause. Nach der Schlacht seien die Einwohner Hanaus und aus den Orten der Umgebung sowie überlebende Soldaten tagelang damit beschäftigt gewesen, die Toten in Massengräbern zu beerdigen. Schwierig sei es gewesen, die Ertrunkenen aus der reißenden Kinzig zu bergen...

Die [FAZ erwähnt auch, daß](#) die Schlacht bei Hanau an der Südseite des Arc de Triomphe in Paris verewigt ist (Foto oben), wie viele andere französische Schlachten auch. Und die Franzosen werden einen Teufel tun und ihren Massenmörder aus den Denkmälern löschen, während in Deutschland zum Beispiel patriotische Namensgeber wie Hindenburg, die nichts mit

Massenmord zu tun hatten, allüberall aus Straßennamen, Gebäuden und Ehrenbürgerlisten gelöscht werden! PI wird diese politkorrekt geknickte linke Optik nie verteidigen!

Wer lügt? Die ZEIT oder die WELTWOCHEN?



Derzeit erscheinen immer wieder aus den bekannten Gründen im In- und Ausland Artikel über Roma, auch als Zigeuner bekannt. Je nach der ideologischen Ausrichtung des Blattes liest man dann überraschenderweise ganz unterschiedliche, diametral entgegengesetzte Wahrnehmungen. Es folgen zwei interessante Beispiele!

Ein Herr Justus von Daniels schreibt [in der ZEIT vom 26.10.2013](#) unter dem Titel „Die Mär von den Roma-Clans“ das:

Auch bei den Bettlern in deutschen Fußgängerzonen gibt es immer wieder den Verdacht, dass es sich um spezifische Roma-Kriminalität handelt. Frauen und Kinder würden von Hintermännern der eigenen Volksgruppe ausgebeutet, heißt es. Gerüchten zufolge machen mächtige Clans im Hintergrund gute Geschäfte mit Bettelbanden, die gezielt in den europäischen Norden geschleust werden. Das ist ein Fall von organisierter Kriminalität, bei der die Schwächsten der Gruppe brutal ausgenutzt werden.

Auch das nährt das Vorurteil, Frauen und Kinder seien bei den Roma nichts wert. Aber es gibt bisher keine Beweise dafür, dass es diese Ausbeutung durch die eigene Gruppe gibt. In Wien versuchte man mal, ein solch berüchtigtes Roma-Netzwerk zu zerschlagen. Nur fanden die Ermittlungsbehörden das Netzwerk nicht...

Die WELTWOCHEN (Philipp Gut und Lucien Scherrer, nicht online) schreibt in ihrer aktuellen Ausgabe 44/2013 das:

«Die Schweiz ist der Honigtopf Europas», sagt ein Kriminalpolizist, der seit zehn Jahren im Roma-Milieu ermittelt. Nirgendwo gebe es so viel zu holen, nirgendwo sei es so einfach. Die Schweizer Rechtspraxis begünstige den Menschenhandel mit Minderjährigen und lade geradezu zu organisierter Kriminalität ein: Den jugendlichen Tätern geschehe nichts. Sie würden von den erwachsenen Clanstrategen bewusst vorgeschickt, weil die Schweizer Justiz sie laufen lasse...

Organisationsformen und Vorgehensweise der Roma-Netzwerke sind den Schweizer Behörden und Kinderschutzvereinigungen bekannt. Man hat es mit hochprofessionellen, spezialisierten und hierarchisch geführten Sippen zu tun, die ihr Handwerk seit Generationen ausüben und weitervermitteln. «Oft findet die Ausbeutung innerhalb eines Familienclans statt», so der Städteverband. Die Opfer würden in Ost- und Südosteuropa rekrutiert, in Rumänien, Bulgarien, Serbien, im Kosovo, in Mazedonien, Tschechien, der Slowakei – «häufig, indem sie kinderreichen Roma-Familien abgekauft oder geborgt werden».

Der weitere Karriereverlauf ist vorgespurt: Die Kinder werden zu Bettlern, Taschen-, Laden- und Einbruchdieben ausgebildet, in die westlichen Zielländer gebracht und für die Geldbeschaffung eingesetzt. Ausgangspunkt für die Beutezüge in die Schweiz sind häufig Roma-Camps im Elsass, im Vorarlbergischen und in der Region Mailand.

Die Chefs agieren geschützt aus dem Hintergrund, sind bestens organisiert, europaweit vernetzt und bedienen sich modernster Kommunikationsmittel. «Über Mittelsmänner kontrollieren sie ihre Opfer und verwalten die Ausbeute», schreibt der Städteverband...

Fragen: Welches Blatt würden Sie abonnieren? Eines, das sie frech anlügt oder eines, das sie realistisch informiert? Wer lügt? Die ZEIT oder die WELTWOCHEN?



Alice Schwarzer will Prostitution verbieten



Prostitution ist „das älteste Gewerbe der Welt“? Prostitution ist „ein Beruf wie jeder andere“? Prostitution wird es immer geben, denn ihre Abschaffung ist utopisch? Falsch. Auch die Abschaffung der

Sklaverei galt vor gar nicht so langer Zeit noch als Utopie. Und auch wenn die Sklaverei aus unserer Welt keineswegs ganz verschwunden ist, so wäre es heutzutage für einen aufgeklärten, demokratischen Staat doch undenkbar, die Sklaverei zu tolerieren oder gar zu propagieren... ([Fortsetzung des Appells in EMMA!](#))



Uigurisch-islamisches Attentat in Peking



Am zentralen Platz des Himmlischen Friedens in Peking raste vor Tagen ein Auto gegen ein Pfeiler und explodierte. Fünf Menschen waren tot, 40 weitere verletzt. Nachdem es zunächst von Ferne wie ein Autounfall ausgesehen hatte, wurden nun Helfer verhaftet. Es sind moslemische Uiguren, denen die chinesischen Offiziellen Terror vorwerfen. Die Uiguren stammen aus der Unruheprovinz

Xinjiang, wo es seit Jahren unruhig ist. Die turkstämmige, muslimische Minderheit der Uiguren fühlt sich von den Chinesen unterdrückt. [Peking hingegen sieht](#) „Separatisten und Terroristen“ am Werk, die sich abspalten wollen.



Zeitschrift „freundin“ hetzt gegen Stürzenberger



Seit langem lese ich keine Tageszeitungen mehr und auch keine sonstigen politischen Publikationen, schaue mir auch im Fernsehen keine Nachrichten und politische Debatten etc. mehr an, um mich nicht dauernd ärgern zu müssen. Stattdessen kaufe ich mir Druckerzeugnisse verschiedenen Ursprungs, manchmal auch Frauenzeitschriften, um mich ab und zu ein bißchen durch Lesen zu entspannen und dabei sicher zu sein, daß mir keine Politik begegnet, die mich dann ärgert. Oft liegt dann ein Stapel ungelesener solcher Hefte bei mir, in denen ich dann oft lange nach dem Erscheinungstermin erst

blättere.

(Von Leserin)

So habe ich gestern ein Heft der Frauenzeitschrift „freundin“ durchgeblättert, und zwar die Ausgabe 21/2013 vom 25.9.2013. Darin enthalten ist ein Artikel, der im Inhaltsverzeichnis angekündigt wird mit der Überschrift „Wann es Zeit ist, was zu ändern – Vier Frauen erzählen von einem entscheidenden Schritt in ihrem Leben“.

Eigentlich zunächst ein recht harmloser Artikel, aber dann finde ich da folgendes: Der Artikel beginnt mit der großen Überschrift „Ich muß etwas ändern!“ und dann werden vier Frauen vorgestellt, die etwas „gewagt“ haben.

Die erste sagt: „Mein Leben soll nicht länger von Angst bestimmt sein“ und will ihre Flugangst und ihre Angst im Aufzug bekämpfen.

Die zweite sagt: „Ich will nie wieder auf einen Mann warten“ und möchte nie wieder ein Verhältnis mit einem verheirateten Mann, der sich dann doch nicht für sie scheiden läßt.

Die dritte meint: „Vor lauter Arbeit das Leben verpassen? Passiert mir jetzt nicht mehr“, und sie hat dazu ihren Job aufgegeben und Kuchenpralinen erfunden.

Soweit alles o.k., paßt in eine Zeitschrift ohne großen Anspruch.

Die vierte schließlich sagt dann aber: „Rassisten stelle ich mich heute in den Weg. Egal, wo!“, und diese Frau, eine 27-jährige Studentin, wollte „bei Rechtspopulisten nicht länger schweigen“.

[Im Artikel dann \(Auszug\):](#)

Plötzlich war er überall. In meinem Viertel und auf belebten Plätzen in der Stadt. Ein Rechtspopulist machte Stimmung

gegen Muslime, hetzte gegen das friedliche Zusammenleben verschiedener Religionen. Da hatte ich genug und beschloss, gemeinsam mit anderen engagierten Bürgern auch auf die Straße zu gehen. Nicht wegzusehen, sondern etwas zu tun. Er behauptet, er sei die neue „Weiße Rose“, weil er für „Freiheit“ eintrete. Aber wie kann jemand, dessen Flugzettel Hass verbreiten, sich allen Ernstes mit der Widerstandsgruppe um Sophie Scholl vergleichen und sie als Deckmantel für rechte Umtriebe benutzen? (...) Darum: Wo immer er auftaucht, sind wir auch und klären Passanten in persönlichen Gesprächen auf oder verteilen in der Nähe Flyer.

Darunter ist die URL von „Eva-Marias Initiative“ angegeben:
facebook.com/muenchen.ist.bunt

Man sollte Eva-Maria wirklich raten, nicht wegzusehen, sondern genau hinzuschauen, worum es da geht. Wenn sie nur einen blassen Schimmer vom Islam hat und was da auf München zukommt, dann wird sie sich eines Tages fragen müssen, auf welcher Seite sie eigentlich gestanden hat und ob es nicht vielleicht die falsche war ...

Es versteht sich von selbst, daß ich keine Ausgabe der „freundin“ mehr kaufe. Da es aber nichts nutzt, wenn ich das tue und der Verlag weiß das nicht, werde ich denen auch in den nächsten Tagen einen Papierbrief dazu schreiben.

» Kontakt: freundin@burda.com



Erdogan: Türkei ist Kosovo, Kosovo ist Türkei



Bereits in der Vergangenheit drohte der türkische Ministerpräsident Erdogan mehrmals ganz offen, Europa zu islamisieren (mehr dazu am Ende des Artikels). Bei einem Besuch im serbischen Kosovo bekräftigte Erdogan letzte Woche seine Eroberungspläne. „Die Türkei ist Kosovo, Kosovo ist die Türkei“, rief der despotische Türken-Premier bei einem offiziellen Kosovo-Besuch am Mittwoch in der Stadt Prizren begeisterten Islamisten (*Foto: mit Kosovo-Premier Hashim Thaci*) zu.

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache erklärt dazu [in einer Pressemitteilung](#): „Dass er jetzt praktisch in Europa Gebietsansprüche stellt, ist ein weiterer Schritt in Richtung der von Erdogan angestrebten Wiedererrichtung des Osmanischen Reiches. Und es ist jetzt endgültig ein Schritt zu viel.“

Weiter heißt es darin:

[Strache] klärt den nationalistischen Türken-Führer, der die friedliche Demokratie-Bewegung in seinem Land niederschlagen ließ und für mindestens vier Tote und 12.000 teils schwer verletzte Aktivisten verantwortlich ist, auf: „Die Türkei ist kein Teil Europas und nur ein minimalster Teil Europas im äußersten Südosten gehört zur Türkei! Dafür haben wir vor

Jahrhunderten gekämpft und das wird auch immer so bleiben!“

Die klare Positionierung Straches haben nun auch die Chefs von CDU und CSU im EU-Parlament übernommen. Sie forderten, wie der FPÖ-Chef schon seit Jahren, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei umgehend zu stoppen. Herbert Reul, Chef der CDU im EU-Parlament, erklärte, dass die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel von der Regierung Erdogan als „Belohnung für die brutale Niederschlagung der friedlichen Bürgerproteste rund um den Taksim-Platz“ angesehen werde und daher abzulehnen sei. Sein CSU-Amtskollege Markus Ferber kritisierte, dass alle Jahre wieder die kaum vorhandenen Fortschritte der Türkei beschönigt dargestellt würden. Da sie „kein demokratischer Verhandlungspartner“ sei, müssten die Beitrittsverhandlungen mit der Regierung in Ankara abgebrochen werden.

„Zuerst hat Erdogan die europäischen Gesellschaften mit Massen seiner Staatsbürger, die er gelegentlich auch seine Soldaten nennt, unterwandert und jetzt stellt er offen Besitzansprüche auf die Provinz eines souveränen europäischen Staates, nämlich Serbiens. Das ist absolut inakzeptabel“, so Strache. Nicht nur die EU-Staaten, ganz Europa müsse aufstehen und den imperialistischen Ambitionen Erdogans die Stirn bieten. Strache: „Wir sind stark genug. Nicht wir brauchen die Türkei, sondern die Türkei braucht uns. Nach dem endgültigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen müssen wir als klares Zeichen auch die Zahlung von jährlich hunderten Millionen Euro an das Erdogan-Regime einstellen. Dann soll dieser Herr sehen, wo er bleibt.“

Es ist ein Skandal, dass der ganz offen angekündigte türkische Imperialismus weder von der deutschen Presse noch den Politikern thematisiert wird. Hierzulande wird derzeit sogar seitens der CDU/CSU diskutiert, ob die [doppelte Staatsbürgerschaft](#) eingeführt werden soll, damit Erdogan seine Großmachtpläne auch noch auf demokratischem Wege erreichen

kann.

Im Oktober 2012 kündigte Ministerpräsident Erdogan auf einem Parteitag seiner AKP an „[den Islam siegreich nach Westen führen zu wollen](#)“. Im Februar 2010 rief er auf einem von ihm veranstalteten „[Kongress für Auslandstürken](#)“ seine aus Europa eingeladenen Landsleute dazu auf „die europäische Kultur mit der türkischen zu impfen“, um diese Länder zu „türkisieren“. Vor drei Jahren besuchte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu Bosnien-Herzegowina und hielt in Sarajevo eine aufsehenerregende Rede, in der er ankündigte, „[das osmanische Reich wiederbeleben zu wollen](#)“.

» landesleitung@csu-bayern.de

» info@cdu.de



**Bad Homburg: Kita benennt
Martinsfest um**



Offenbar sind unsere Kultur und unser Brauchtum wirklich etwas Anstößiges, zumindest für alle Rechtgläubigen. Aber anstatt unsere Werte, unsere Feste und Sitten zu verteidigen und hochzuhalten, wird sich weggeduckt und in vorseilendem Gehorsam alles aufgegeben, was bisher zu unserem Leben gehörte. Nun hat auch eine Kita in Bad Homburg ihren Beitrag zur Abschaffung Deutschlands geleistet.

(Von L.S.Gabriel)

Wie die [Frankfurter Neue Presse](#) berichtet, wird „aus Rücksicht auf Mitglieder anderer Kulturkreise“ in der städtischen [Kindertagesstätte Leimenkaut](#) nicht mehr St. Martin, sondern das „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ gefeiert.

Empörten Eltern wurde erklärt, St. Martin sei umbenannt worden, um „niemanden“ zu diskriminieren und außerdem sei das „Sonne-Mond-und-Sterne-Fest“ „politisch korrekter“. Nun wird in der Kita Leimenkaut eben politisch korrekt mit Laternen durch die Straßen gezogen, und am Ende gibt es ein großes heidnisches Feuer. St. Martin auf dem Pferd darf nicht mehr dargestellt werden. Das ist jetzt also so etwas wie ein Krippenspiel ohne Jesuskind, aber dafür mit Schlachten des Ochsen am Ende.

Egal wie man es darstellt, wichtig ist offenbar einzig, dass nichts Christliches mehr stattfindet in unseren Kindertagesstätten, Schulen oder auch auf öffentlichen

Plätzen. Speichelleckerei auf Kosten unserer Traditionen und Werte.

Kontakt:

Kindertagesstätte Leimenkaut

An der Leimenkaut 9 Bad Homburg v.d.Höhe

Leitung: Britta Stalter

Telefon: 06172 457527

kita.leimenkaut@bad-homburg.de